



Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. - Initiativgruppe Halle
www.verein-ddr-geschiedener-frauen.de

Dorothea Seefeld
Robert-Koch-Straße 1a
16110 Halle

d.seefeld@arcor.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerin Manuela Schwesig

11018 Berlin

Halle, 10.06.2015

Sehr geehrte Frau Ministerin Schwesig,

aus traurigem Anlass möchten wir uns an Sie wenden und den Brief der Familie Thielicke nochmals an Sie schicken mit der Bitte um eine Antwort.

Hier ein paar Gedanken von uns zu diesem Brief:

Frau Runschek erhielt in der DDR ab 1981 eine **Mindestrente**, die 1990/91 angepasst wurde wie auch Löhne und Gehälter, aber dann bis an ihr Lebensende **nicht erhöht wurde**, weil der sogenannte „Auffüllbetrag“ abgeschmolzen wurde. Mit welchem Recht? Dieser Betrag war ein Teil ihrer rechtmäßig erworbenen Rente!

Wir möchten also ergänzend zur Forderung nach einem (fiktiven) Versorgungsausgleich betonen, dass wir **enteignet** worden sind, dass uns Frauen der Bestandsschutz auf unsere DDR-Rente entzogen wurde im Gegensatz zu den Männern. So bekommen wir weder Ost- noch Westrecht.

Demnach ist der Gesetzgeber in der Pflicht, eine Ersatzlösung zu schaffen. Wir möchten an die Entschließung des Deutschen Bundestages von 1991 erinnern: Es sollte eine Reform der Rente für Frauen geben bis zum Auslaufen des Rentenüberleitungsgesetzes, also bis 1997. Die Reform kam nicht, nur eine Neuberechnung unserer Renten nach SGB VI.

Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass - wie hier in diesem Beispiel - nicht nur die geschiedenen Frauen die Geschädigten sind, sondern die Kinder und Enkelkinder, wenn sie für ihre Mütter / Großmütter im Pflegefall zahlen müssen.

Es ist kein Geld da? Den Vorschlag Frau Thielickes, alle Berufsgruppen einzubeziehen in die Rentenkasse und Steuern gerechter zu machen, möchten wir dringend unterstützen. Konsequenterweise sollten sogar Eltern weniger Steuern zahlen als Kinderlose, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Kindererziehung und Pflege in der Familie sollte sich auch unbedingt deutlich in der Rente niederschlagen, umso mehr, wenn gleichzeitig Erwerbsarbeit geleistet wurde, denn das ist Doppelbelastung!

Wir in der DDR geschiedenen Frauen setzen uns damit auch für die nächsten Frauengenerationen ein, die massiv mit denselben Problemen kämpfen.

Die so genannte „Mütterrente“ ist ungerecht und höchstens ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Es ist aber sicher nicht im Sinne des Erfinders, dass Witwer von der „Mütterrente“ profitieren, die das in der Regel nicht nötig haben, während bei Frauen die „Mütterrente“ nicht ankommt, wenn sie Grundsicherung bekommen.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schwesig!

Bitte setzen Sie ein Zeichen für Mütter aller Generationen und fangen Sie bei den Hochbetagten an! Frau Runschek kann leider nicht mehr erleben, dass ihr und uns allen Gerechtigkeit widerfährt. Sie ist im Mai dieses Jahres gestorben, die zweite aus dem Buch „Mütter ohne Wert“, die „betrogen ist bis zum Jüngsten Tag“! Es gibt ein gleichnamiges Buch zu diesem Thema von Karl-Heinz Christoph. Eine Antwort auf den Brief ihrer Tochter hätte Frau Runschek sicher gefreut.

Mit freundlichen Grüßen

Die Initiativgruppe Halle des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V.